

## **Wunsch und Wirklichkeit. Zivilgesellschaftliches Engagement zwischen sozialpolitischen Erwartungen und individuellem Handeln**

### **1 Empirie im Spannungsfeld von Wissenschaft und Sozialpolitik**

Das Thema „Zivilgesellschaft“ hat seit Jahren im Kontext programmatischer Auseinandersetzungen um die Zukunft moderner Gesellschaften in der nationalen wie internationalen Debatte Konjunktur. In Deutschland sehen fast alle von der Politik angebotenen „Zukunftsmodelle“ eine grundsätzliche Korrektur des bestehenden Wohlfahrtsstaats vor. Der Zivilgesellschaft wird dabei zwar noch immer eine wichtige Funktion bei der Stärkung der Demokratie als Partizipationsgemeinschaft zugeschrieben. Vor allem aber soll das Bürgerengagement Lücken schließen, die aus einer Deregulierungs- und Privatisierungspolitik entstehen. Auch dem angenommenen Mangel an Erwerbsarbeit und den daraus resultierenden Integrationsproblemen soll mit den Sinnangeboten unbezahlter Gemeinschaftsarbeit begegnet werden. Wenn zukünftig neben die reguläre Erwerbsarbeit „ein Mehr an freiwilliger Gemeinschaftsarbeit, ein Mehr an sozialer Selbsthilfe“ treten soll, dann schließt dies offensichtlich „die Arbeit mit Kindern und Alten, Behinderten, Obdachlosen und Ausgeschlossenen“ ausdrücklich ein (vgl. Clement 2001: 15f). Versuche der Aktivierung der BürgerInnen zu „freiwilliger Arbeit“ stehen quer durch das bundesdeutsche Parteispektrum auf der politischen Agenda weit oben und wurden durch diverse Förderprogramme untermauert (vgl. u.a. BMFSFJ 2003a, Regiestelle E&C 2004). Um die angenommenen Engagementpotenziale der BürgerInnen verstärkt nutzen zu können, wurden in erheblichem Umfang Fördermittel des Bundes und der Länder auch darauf verwendet, die zivilgesellschaftliche Sphäre sozialwissenschaftlich zu analysieren. Auf diese Weise kam eine Fülle empirischer Befunde zustande, die unser Wissen über das zivilgesellschaftliche Engagement in Deutschland deutlich erweiterten (für einen Überblick vgl. Enquete-Kommission 2002). Gleichwohl, so die These, der im folgenden nachgegangen wird, besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen den politischen Erwartungen an das zivilgesellschaftliche Engagement der BürgerInnen und dem tatsächlichen Potenzial engagierten Handelns für die Herstellung des Sozialen.

Das liegt zum einen daran, dass das sozialwissenschaftliche Wissen politisch verwertet wird. So wird als zentrales Ergebnis des ersten Freiwilligensurveys immer wieder zitiert, dass sich von den 63 Millionen BürgerInnen ab 14 Jahren rund 35 Millionen zivilgesellschaftlich engagieren. Allerdings sind etwa drei Viertel in den Bereichen Sport und Bewegung, Freizeit und Geselligkeit sowie Kultur und Musik und nur ca. 11% davon im sozialen Bereich tätig (Rosenblatt 2000). Zudem fußen politische Zukunftsszenarien häufig auf Wirkungsannahmen, deren Fortbestand infrage steht. Besonders prominent ist die heute enge Korrelation zwischen Bildungsabschluss und Engagement, die sich allerdings unter Bedingungen relativer Beschäftigungssicherheit und tendenziell sinkender Arbeitszeit herausbilden konnte. Heute ist die Bedrohung durch Erwerbslosigkeit in allen Qualifikationssegmenten immens, sind in vielen Tätigkeitsbereichen Flexibilitätsanforderungen und Wochenarbeitszeiten deutlich gestiegen und gerade die Hochqualifizierten mit der gleichzeitigen Extensivierung und Intensivierung der Arbeit konfrontiert (vgl. u.a. Boltanski

1990, Hochschild 1990, Baethge 1991, Schumann u.a. 1994, Voß 1994, Hielscher/Hildebrandt 1999).

Die Sozialwissenschaften trugen ihrerseits zur Diskrepanz zwischen Erwartungen und Realität bei. Behr u.a. (1999) stellten fest, dass aus jeder sechsten Untersuchung zum Ehrenamt überhaupt nicht hervorgeht, welche Definition für die Operationalisierung verwendet wurde. Dort wo sie dokumentiert sind, divergieren die Bestimmungen des Engagementbegriffs erheblich. Mit der großen Begriffsvielfalt geht eine weitgehende Theorielosigkeit einher, die als gravierendes Problem für Interpretation der zahlreichen Forschungsergebnisse bezeichnet werden muss. Vor allem erfassen die Untersuchungen vielfach nur unzureichend die Besonderheiten zivilgesellschaftlicher Interaktionen (vgl. Gosewinkel u.a. 2003) und lassen somit die Interpretation zu, Teile der öffentlichen Wohlfahrtsproduktion könnten ohne weiteres den BürgerInnen überantwortet werden. Dieses Problem resultiert u.a. daraus, dass die weit überwiegende Anzahl der vorliegenden Studien ausschließlich mit quantitativer Forschungsmethoden arbeitete. Die Perspektive derjenigen, die sich engagieren sollen und wollen, kam dabei bisher recht kurz. In die wenigen interpretativ angelegten Studien wurden bisher nur diejenigen einbezogen, die sich ehrenamtlich engagieren oder in formelle Formen der Freizeitgestaltung eingebunden sind (vgl. Backes 1987, Kohli u.a. 1993, Jacob 1993, Schumacher 2003). Von denjenigen, die sich nicht engagieren, wissen wir infolge dessen so gut wie nichts. Ein Desiderat der mikrosoziologischen Frage, wie zivilgesellschaftliches Handeln biografisch entsteht, ist vor allem die Frage, aus welchen biografischen Gründen Menschen trotz befriedigender Lebenslagen und vorhandener Gelegenheiten, also trotz objektiv guter Voraussetzungen, zivilgesellschaftlich passiv bleiben oder sich von solchen Tätigkeiten abwenden. Wie ist dieses Phänomen zu erklären? Anders formuliert: Wie entsteht unter Bedingungen befriedigender Lebenslagen zivilgesellschaftliches Engagement – oder auch nicht? Eine eigene empirische Untersuchung ging dieser Frage exemplarisch durch die Analyse des nachberuflichen Handelns der sog. Neuen Alten nach, die geradezu prädestiniert erscheinen, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren (Aner 2005).<sup>1</sup>

## **2 Wie Engagement biografisch entsteht – oder auch nicht**

Als theoretische Fundierung der empirischen Studie diente das Lebenslagenkonzept. Dieses sozialpolitische Analyseinstrument bot sich aus folgenden Gründen an: Zum einen beruht die verbreitete Annahme, zukünftige Kohorten würden mehr noch als die derzeitigen zivilgesellschaftlich aktiv werden, wesentlich auf der heute engen Korrelation zwischen dem Engagement in der Zivilgesellschaft und der Lebenslage-Dimension „Bildung“. Zum anderen unterscheidet das Konzept zwischen objektivierbaren Handlungsspielräumen und ihrer subjektiven Wahrnehmung und ist deshalb ein

<sup>1</sup> <sup>1</sup> Damit wurde die gerontologische Fragestellung nach möglichen Formen von Produktivität in der nachberuflichen Lebensphase mit der sozialpolitischen Diskussion um Strategien der Förderung des Bürgerengagements verbunden, in der die Ermöglichung zivilgesellschaftlichen Handelns der Älteren, wenn nicht gar ihre Wiederverpflichtung eine wesentliche Rolle spielt (vgl. u.a. Deutscher Bundestag 2002, BMFSFJ 2003a). Zur Verfestigung aktivitätsorientierter Erwartungen bis hin zur Gestaltung entsprechender, speziell an Ältere gerichteter Programme bürgerschaftlicher Beteiligung haben die gerontologischen Erkenntnisse und Diskurse der vergangenen Jahrzehnte in erheblichem Maße beigetragen (vgl. dazu Karl 1995, Aner 2004a).

geeigneter Analyserahmen für die Frage, warum bei gleichermaßen guten individuellen und infrastrukturellen Voraussetzungen für zivilgesellschaftliches Handeln ein Teil der Bevölkerung in dieser Form tätig wird, während ein anderer passiv bleibt. Gerade bei jenen, die zwar über ausreichende Handlungsspielräume für Engagement verfügen, diese jedoch nicht in diesem Sinne nutzen, handelt es sich um eine spezifische soziale Einheit, deren Deutungen und Orientierungen bisher nicht erschöpfend erklärt sind, so dass es an überprüfbareren Hypothesen über ihre subjektiven Wahrnehmungen mangelt. Umso notwendiger war es, sie selbst als Experten ihrer Lebenslage anzusehen. Ein interpretativer Forschungsansatz wurde nicht zuletzt mit Blick auf die gesellschafts- und sozialpolitische Einordnung der Studie gewählt. Denn um sozialpolitische Strategien wie die der Engagementförderung diskutieren zu können, sind Erkenntnisse darüber notwendig, wie sie von den Zielgruppen interpretiert werden (Draheim u.a. 2005).

Um die Vermittlung zwischen objektivierbaren Lebenslagen und individuellem Handeln auf der Mikroebene transparent zu machen, wurde in den Lebenslagenansatz das forschungsmethodische Konstrukt der „übersituativen Handlungslogiken“ (Witzel/Kühn 2000) integriert.<sup>2</sup> Es sieht vor, problemzentrierte Interviews (Witzel 1982) mit Hilfe eines Kodierschemas auszuwerten, das den Sinn jeder einzelnen Handlung aus der Perspektive der Handelnden zu erfasst. Die Interviewpartner waren Volkswagen-Mitarbeiter, die im Alter von 59 Jahren nach einem langen kontinuierlichen Arbeitsleben finanziell gut abgesichert in den vorzeitigen Ruhestand gingen, und damit zu einer zu einer Bevölkerungsgruppe zählen, an deren zivilgesellschaftliches Potenzial besondere Hoffnungen geknüpft werden.

Die Auswahl des Samples erfolgte gemäß der Forschungsfrage nach der Entstehung oder Verhinderung zivilgesellschaftlichen Engagements unter der Maßgabe, sowohl Engagierte als auch Nichtengagierte einzubeziehen. Eine zweite Besonderheit der qualitativen Engagementstudie besteht darin, dass alle Befragten dem Geburtsjahrgang 1942 angehören.<sup>3</sup> Somit wies ihre Lebenslage im ersten Lebensabschnitt eine Ähnlichkeit auf: Kindheit und schulische Bildung wurden von der Nachkriegszeit geprägt. Die berufliche Karriere begann mit einer Berufsausbildung und gestaltete sich erst ab dem Zeitpunkt der Aufnahme ihrer in allen Fällen langjährigem Tätigkeit bei VW sehr differenziert. Ausgehend von der Annahme, dass Prozesse der beruflichen Sozialisation sich als „langer Atem der Erwerbstätigkeit (Amann 1990) in der Gestaltung der nachberuflichen Lebensphase niederschlagen, wurden im Sample alle Hierarchieebenen – vom Bandarbeiter bis zur Führungskraft – berücksichtigt. Als dritte Besonderheit wurde die Studie als qualitatives Panel konzipiert, bei dem die Untersuchungsteilnehmer am Übergang in den Ruhestand über einen Zeitraum von ca. dreieinhalb Jahren je drei Mal zu interviewen waren. Mit dieser Entscheidung für eine Verlaufsuntersuchung wurde zum einen gerontologischen Erkenntnissen Rechnung getragen, nach denen der Übergang in den Ruhestand zwar weniger als zunächst angenommen ein kritisches Lebensereignis darstellt, gleichwohl eine Statuspassage, an der

---

<sup>2</sup> Zur Integration von Lebenslagenkonzept und „übersituativen Handlungslogiken“ vgl. Aner 2002, 2005.

<sup>3</sup> Alle Interviewten sind männlichen Geschlechts. Dass es sich bei den Interviewten um eine Gruppe handelt, die in einigen Merkmalen homogen ist, die durchaus als relevant für die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Orientierungen gelten müssen (Geschlechtszugehörigkeit, Kohorte, Alter, Familienstand, Wohnen) ermöglicht die Konzentration auf ausgewählte Zusammenhänge (vgl. Hopf 1996). Die so bestimmte Gruppe kann als Referenzfolie für andere dienen (vgl. Roose 2000).

„Erfahrungen reflektiert und Entscheidungen für die weitere Biografiegestaltung getroffen werden“ (Zinn 2000: 39) und dies mit einem individuell unterschiedlichen Phasenverlauf (Mayring 2000), so dass eine bloße Momentaufnahme nicht ausreichen würde. Zum anderen sollte ja gerade auch untersucht werden, aus welchen Gründen sich Menschen nicht engagieren, so dass ggf. der Abbruch solcher engagierter Tätigkeiten angesichts des „späten Freiheit“ (Rosenmayr) im Ruhestand von Interesse war.<sup>4</sup>

Bei der Interviewauswertung wurden zunächst alle erzählten Handlungen als Realisierungen erfasst. Im Anschluss daran wurden jeder Handlung die auf sie gerichteten Erwartungen und die aus ihr abgeleiteten Bilanzierungen zugeordnet. Diese Schemata von Aspiration – Realisierung – Bilanzierung wurden als Situationslogiken bezeichnet. Jeder Fall wurde daraufhin geprüft, ob sich Situationslogiken wiederholten. War dies der Fall, wurden diese als intraindividuelle übersituative Handlungslogiken bezeichnet, welche die individuelle Kombinatorik des allgemein Möglichen repräsentieren (vgl. Fischer/Kohli 1987, Künemund 1990). Dabei wurden vorberufliche Lebensphase, Erwerbsleben sowie außer- und nachberufliches Leben der Untersuchungsteilnehmer als Handlungskontexte definiert und zunächst getrennt analysiert. Auf diese Weise konnte herausgearbeitet werden, wie Handlungsmuster im Lebensverlauf kontextabhängig etabliert und (re)aktiviert werden. Für jeden Fall wurde zudem ein Zeitvergleich vorgenommen, um ggf. Veränderungen in den Handlungsmustern am Übergang in den Ruhestand zu erfassen. Aus der Rekonstruktion der übersituativen Handlungslogiken, der Auslegung der zahlreichen Handlungssituationen unter Berücksichtigung der wesentlichen unbewussten Relevanzsetzungen der Erzähler entstanden im Verlauf der vierjährigen Forschung sukzessive Fallstudien, die für die Rekonstruktion von Wechselbeziehungen zwischen objektivierbaren Lebenslagen und subjektiver Wahrnehmung derselben genutzt werden konnten. Im abschließenden Fallvergleich wurde nach interindividuellen übersituativen Handlungslogiken gesucht. Hier ging es darum, herauszufinden, ob sich ähnliche Umgangsweisen mit Kontexterfahrungen zu übersituativen Logiken gruppieren ließen. Indem solche kollektiven Handlungslogiken beschrieben wurden, konnten die individuelle Ebene verlassen und die Relevanz dieser Handlungsmuster für zivilgesellschaftliches Handeln diskutiert werden.

Die Auswertung der problemzentrierten Interviews zu drei Zeitpunkten des Übergangs in den Ruhestand ergab sechs interpersonelle übersituative Handlungslogiken:

**(1) Resignation unter Abgabe der Verantwortung:** Diese übersituative Handlungslogik ist eine passive Reaktion auf Situationen, in denen sich die Betroffenen als handlungsunfähig erleben. Verhältnisse und Entscheidungen, die den eigenen Interessen zuwider laufen, werden passiv hingenommen. Die Verantwortung für diese Passivität wird abgegeben. Es ließen sich zwei grundsätzliche Richtungen der Delegation der Verantwortung herausarbeiten: Entweder werden die Ursachen in zeithistorischen gesellschaftlichen

---

<sup>4</sup> Zusätzlich folgte die Entscheidung der methodischen Überlegungen, eine „experimentelle Variation spezifischer Lebensereignisse zwischen den Interviewzeitpunkten“ (Künemund 1990: 279) zu erreichen. Bei insgesamt acht Interviewten konnten drei Interviewzeitpunkte – ausgerichtet am sog. Blockmodell des Altersteilzeitvertrags – realisiert werden: ein Zeitpunkt vor dem Ausscheiden aus dem täglichen Arbeitsprozess, einer, zu dem die Beschäftigten zwar ausgeschieden, jedoch noch Werksangehörige sind, und ein weiterer ca. ein Jahr nach der Verrentung.

Verhältnissen bzw. der aktuellen Situation auf der Mesoebene gesehen oder die Verantwortung für das eigene Resignieren wird an andere Personen abgegeben.

**(2) Individueller Ausweg und positive Deutung:** Diese übersituative Handlungslogik kennzeichnet aktive Handlungen, die auf einen Kompromiss zwischen den eigenen Ansprüchen und den objektiven und/oder subjektiven Möglichkeiten ihrer Verwirklichung hinauslaufen. Charakteristisch ist, dass die verbleibende Diskrepanz minimiert wird, indem die positiven Aspekte des Handlungsergebnisses betont, die unerfüllten Erwartungen dadurch relativiert werden. Allerdings gelingt diese Strategie für konkrete Handlungsprobleme häufig nur vorübergehend, was retrospektiv stabile positive Deutungen der Problemlösung allerdings nicht ausschließt.

**(3) Fremd initiierte Verwirklichung eigener Ansprüche:** Dieses Muster liegt hinsichtlich des Grades an eigener Initiative zwischen Resignation und individuellem Ausweg. Das Verharren der Personen in Situationen, die durch eine Diskrepanz zwischen Erwartung und Realisierung, Anspruch und Lebenswirklichkeit gekennzeichnet sind, wird von außen aufgebrochen. Die so angestoßenen Handlungen führen zur Aufhebung der bisherigen Widersprüche und sind oft wesentliche Zwischenschritte zum selbstbestimmten Handeln.

**(4) Aktive Verwirklichung eigener Ansprüche:** Diese Bezeichnung einer übersituativen Handlungslogik verweist auf die Eigeninitiative bei der Durchsetzung eigener Ansprüche. Ggf. erfolgt diese auch gegen Widerstände. Sie findet auch dann Verwendung, wenn durch das Handeln zwar Gemeinwohleffekte entstehen, diese jedoch im Interviewmaterial nicht als Handlungsorientierung zu belegen sind.

**(5) Aktiver Einsatz für eigene und gemeinschaftliche Interessen:** Diese übersituative Handlungslogik kennzeichnet Handlungen, bei denen neben den eigenen auch gemeinschaftliche Interessen antizipiert werden und beide Aspekte in Realisierung und Bilanzierung berücksichtigt werden.

**(6) Rückzug aus Enttäuschung:** Ein Rückzug ist eine aktive Handlung. Diese übersituative Handlungslogik wurde in den biografischen Repräsentationen der Interviewten mit verschiedenen Arten von Enttäuschungen in Verbindung gebracht. Ähnlich wie bei der Resignation lassen sich die vorgebrachten Begründungen kategorisieren. Enttäuschungen werden entweder den jeweiligen aktuellen Handlungsbedingungen oder aber konkreten Personen zugeschrieben.

Die divergierenden zeitlichen Verläufe der Etablierung und Aktivierung übersituativer Handlungslogiken machen deutlich, dass dies nicht ausschließlich als Prozess der Persönlichkeitsentwicklung zu erklären ist. Vielmehr dienen die etablierten Handlungsmuster kontext- und lebensphasenübergreifend übergreifend als eine Art Werkzeug zur situativen Bearbeitung subjektiv wahrgenommener Lebenslagen, also auch von Gelegenheitsstrukturen zivilgesellschaftlichen Engagements.

Der Fallvergleich zeigte, dass sich sowohl einige biografische Themen als auch übersituative Handlungslogiken schon früh im Lebensverlauf herausbilden. Die Fallstudien verdeutlichen insbesondere, dass das Handeln dieser in der Nachkriegszeit Aufgewachsenen weniger von den objektiven Handlungsspielräumen der Makroebene geprägt wurde als von den Spielräumen, die ihnen auf der Mikroebene zugestanden oder von ihnen selbst durchgesetzt wurden. Nicht die bei allen Interviewten nicht eben üppigen

materiellen Bedingungen im vorberuflichen Kontext, nicht die besuchte Schulform oder Vereinsmitgliedschaften waren entscheidend für die Herausbildung gestaltender Handlungsformen (Handlungslogiken 4 und 5, mit Einschränkungen auch 6), sondern die Möglichkeiten der Partizipation im Sinne einer subjektiv als gleichberechtigt empfundenen gesellschaftlichen Teilhabe. Als soziobiografische Bedingungen einer „partizipativen Sozialisation“ können (a) die offene Konfrontation mit sozialen Problemen und Konflikten, (b) die Chance zur Teilnahme an relativ symmetrischen Kommunikationsprozessen, (c) die Übernahme von echter Verantwortung und (d) die Möglichkeit der Mitwirkung an kooperativen Entscheidungen identifiziert werden (vgl. Hoff/Lempert 1990). Erfahrungen der Ohnmacht und Ausgrenzung dagegen fördern tendenziell die Etablierung eher resignativer und/oder passiver Handlungsmuster (1 und 2).

Trotz der großen Bedeutung der Sozialisation in der vorberuflichen Lebensphase als frühe Weichenstellung erwies sich das Berufsleben bei den männlichen Untersuchungsteilnehmern als bedeutsamer Lebensabschnitt, in dem neue Handlungslogiken etabliert und/oder bereits etablierte Handlungslogiken gefestigt oder modifiziert werden konnten. Es bot einem Teil der Interviewten „späte Partizipationschancen“. Trafen aber wenig förderliche Bedingungen sowohl im vorberuflichen als auch im beruflichen Kontext zusammen, waren in der Konsequenz die Handlungsmöglichkeiten außerberuflich ebenfalls sehr eingeschränkt. Im beruflichen Kontext kam es dabei weniger auf die materielle Anerkennung und die Ende des Berufslebens erreichte Karriere an als auf die Möglichkeiten gestaltender Teilhabe. In einigen Fällen wirkte erst das Erwerbsleben als eine Art Initiator eines „aktiven Einsatzes für eigenen und gemeinschaftliche Interessen“ (5). Auch wenn dieser Einsatz zunächst nur im betrieblichen und/oder kollegialen Interesse wirksam wurde, war damit zumindest die Voraussetzungen geschaffen waren, diese Handlungslogik auch außerberuflich und damit als zivilgesellschaftliches Handlungsmuster zu aktivieren. Aus einer nicht nur bereichslogischen sondern zugleich handlungslogischen Sicht auf die Zivilgesellschaft ist diese Handlungslogik (5), bei der gemeinschaftliche Interessendes in die Handlungserwartungen einfließen, von besonderem Interesse. Denn aus dieser Perspektive genügt zivilgesellschaftliches Handeln folgenden Kriterien: (1) Das Verhalten geht zwar von eigenen Interessen aus, bezieht sich aber zugleich auf das allgemeine Wohl. (2) Individuelle Selbstständigkeit und Selbstorganisation sind mit gemeinsam wahrgenommener Selbstständigkeit verknüpft. (3) Die Interaktionen enthalten Verständigung wie Konflikte, deren Austragung jedoch friedlich erfolgt. (4) Das Handeln erfolgt im öffentlichen Raum und in Anerkennung von Heterogenität (Gosewinkel u.a. 2003). Geht es dem in der zivilgesellschaftlichen Sphäre Tätigen dagegen ausschließlich um persönlichen Profit (Handlungslogik 4) und erzielt er diesen in einer Art und Weise, die andere ausschließt, geht der zivilgesellschaftliche Charakter des Engagements zum Teil verloren (Otto 1998, Roth 2004).<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> An diese Prämissen knüpfte die Diskussion zivilgesellschaftlichen Engagements in der hier vorgestellten Untersuchung an. Die bereichslogische Perspektive auf die Zivilgesellschaft wurde um eine handlungslogische ergänzt. Ein Nachweis ausschließlich individueller Interessen und der Nichtanerkennung von Heterogenität – im Unterschied zum unproblematischen Mix aus egoistischen und altruistischen Motiven – wurde in der vorliegenden Studie durch die induktive Annäherung an die zugrunde liegenden biografischen Themen und übersituativen Handlungslogiken möglich.

In der hier skizzierten Untersuchung konnte offen gelegt werden, dass das, was als engagiertes Handeln im Bereich der Zivilgesellschaft erscheint, nicht immer ein „aktiver Einsatz für eigene und gemeinschaftliche Interessen“ (5) ist. Zwar konnte auch die „fremd initiierte“ (3) oder „aktive Verwirklichung eigener Ansprüche“ (4) durchaus positive Effekte auf eine Gemeinschaft haben, obwohl diese von den Handelnden nicht intendiert waren. Jedoch zeigte sich, dass für die Nachhaltigkeit der Handlungen der Unterschied zwischen den ihnen vorausgehenden Aspirationen von großer Bedeutung ist. Ein ausschließlich an den eigenen Interessen orientiertes Engagement brachte neben positiven auch kontraproduktive Effekte mit sich.

Einer der analysierten Fälle macht dies besonders anschaulich. Vor dem Hintergrund einer restriktiven familialen Sozialisation und Erfahrungen der Ausgrenzung in der Kindheit wurde bei einem der Interviewten die „verwehrte Bildung“, die doch immerhin in einem für die damalige Zeit eher überdurchschnittlichen Realschulabschluss bestand, zum zentralen biografischen Thema. Er konnte zu keinem Zeitpunkt die Handlungslogik eines „aktiven Einsatzes für eigene und gemeinschaftliche Interessen“ (5) etablieren und agierte als Vertreter im Elternbeirat der Schule seiner Kinder entsprechend. Die Tätigkeit im zivilgesellschaftlichen Bereich diente einzig der Bearbeitung früher negativer Erfahrungen, so dass er zu einer produktiven Zusammenarbeit mit den Lehrern und mit Eltern, die Akademiker waren, nicht fähig war.

Die Handlungserwartungen sind auch für die Stabilität des Handelns bedeutsam. Schließlich handelt es sich bei den eigenen Ansprüchen häufig um sehr begrenzte Sachverhalte, die wenig Spielraum für Kompromisse lassen und schnell verwirklicht oder ad acta gelegt sind. Fortgesetztes Engagement für die Gemeinschaft erübrigt sich dann.

So etwa im Fall eines Interviewten, der sich im Ortsverein einer Partei engagiert, um auf diese Weise Kontakte zu knüpfen, die ihm zu einer größeren Wohnung verhelfen können. Als sich diese Hoffnung als illusorisch erweist, beendet er seine Tätigkeit.

Biografische Themen und verfestigte Handlungsmuster können trotz aller auf den ersten Blick vorhandenen Erfahrungen und Kompetenzen einer zivilgesellschaftlichen Tätigkeit auch schier unüberwindbar im Wege stehen.

Einer der interviewten Manager gab eine Tätigkeit als ehrenamtlicher Trainer einer Jugendmannschaft im frühen Erwachsenenalter aus dem selben Grund auf, aus dem er ein nachberufliches Engagement grundsätzlich ablehnt: andere Beteiligte entsprechen nicht seinen Vorstellungen, die zudem in diesem Kontext nicht qua Anweisung durchzusetzen sind. Dahinter stehen „Distinktion“ als zentrales biografisches Thema und eine in der Kindheit angelegte und durch die berufliche Karriere verfestigte ausschließlich selbstbezogene Handlungsweise.

Wenn demgegenüber Akzeptanz und Wertschätzung anderer bereits in Kindheit und Jugend angelegt wurden und das Engagement für gemeinschaftliche Interessen durch eine früh einsetzende und in verschiedenen Lebensbereichen fortgesetzte partizipative Sozialisation zur Lebenstechnik (Thomae 1968) und/oder zum biografischen Thema wurde, sind beste Voraussetzungen für ein stabiles und nachhaltiges zivilgesellschaftliches Handeln gegeben. Ein so fundiertes Engagement wird, soweit das die vorliegende Untersuchung aus der Perspektive der Interviewten zeigen kann, kaum von destruktiven Auseinandersetzungen begleitet. Es erweist sich zudem als wenig störanfällig und wird lange Zeit auch gegen Widerstände aufrechterhalten – nicht jedoch unter allen Umständen. Auch ein solches Engagement muss durch Anerkennung stabilisiert werden. Im Sample wurde deutlich, wie stark biografisch geprägt die individuellen Vorstellungen einer angemessenen Form von Anerkennung sind. Insbesondere bei denjenigen, die wegen ihres hohen Bildungsgrades und ihrer gehobenen beruflichen Position

als „Hoffnungsträger“ zivilgesellschaftlichen Engagements gelten können, ist offensichtlich nicht nur die Teilhabe, sondern die Möglichkeit aktiver Gestaltung essenziell – ein Befund der für die Frage, ob in den sog. Neuen Alten tatsächlich ein erhebliches Potenzial schlummert, durch zivilgesellschaftliches Handeln Lösung sozialer Probleme beizutragen, von einiger Bedeutung sein dürfte.

Einer der Interviewten, ein ehemaliger Meister, der im Ruhestand sein Engagement im Gemeindevorstand zugunsten eines kleinen Fördervereins aufgab, brachte es mit folgenden Worten auf den Punkt: „Ich will, dass etwas geschieht!“

Mindestens ebenso wichtig ist in diesem Zusammenhang ein weiteres Ergebnis der Studie: Neue übersituative Handlungslogiken im Ruhestand ließen sich im untersuchten Sample nicht rekonstruieren. Alle Interviewten griffen in der Auseinandersetzung mit der neuen Lebenslage auf bewährte Handlungsmuster zurück.<sup>6</sup>

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Auseinandersetzung mit anderen als zivilgesellschaftlichen Lebensbereichen hat entscheidenden Einfluss auf die Etablierung förderlicher und/oder hinderlicher Handlungsmuster. Vorberuflich angelegte Themen und Handlungsmuster entfalten eine weitreichende Wirkung. Die Handlungsrationalitäten im Erwerbskontext fördern zwar durchaus zahlreiche Kompetenzen, die sich im Interesse von Gemeinschaften nutzen lassen. Andererseits begrenzen sie das Handeln im Interesse einer Gemeinschaft, indem solidarische Handlungsmuster unterdrückt werden, wenn sie aus unternehmerischer Sicht dysfunktional sind und im Gegenzug ausschließlich selbstbezogene Handlungsmuster geradezu Voraussetzung einer Karriere sein können. Aus diesem Grund wächst der vorberuflichen Etablierung gemeinschaftsbezogener Orientierungen und Handlungsmuster eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Stabiles und nachhaltiges zivilgesellschaftliches Handeln ist mithin nicht kurzfristig und allein in der Sphäre der Zivilgesellschaft herstellbar ist. Stattdessen bedarf es einer „Kultur der Partizipation“ in *allen* Lebensphasen und -bereichen, die allen Beteiligten subjektiv positive Erfahrungen mit echter gesellschaftlicher Teilhabe ermöglicht. Im Umkehrschluss lässt sich formulieren, dass überwiegend oder ausschließlich restriktive Partizipationsbedingungen die Grundlage zivilgesellschaftlichen Handelns unterminieren können.

### **3 Schlussfolgerungen für Sozialpolitik und Soziale Arbeit**

Die oben skizzierte Studie erhebt nicht den Anspruch, die Wechselwirkung von Lebenslagen, Lebensläufen, Biografien und Bürgerengagement vollständig aufzuklären. Allerdings lassen sich mit Hilfe der untersuchten lebensgeschichtlich entstandenen Handlungsmuster, die zwischen materiellen Dimensionen der Lebenslage und zivilgesellschaftlichem Handeln vermitteln, statistisch hergestellte Zusammenhänge erklären und bisherige Annahmen der Engagementforschung – zur Sinnsuche in der nachberuflichen Lebensphase, zu Motiven und Barrieren für zivilgesellschaftliches Handeln, zu Formen der Anerkennung solcher Tätigkeiten und v.a. zum Engagementpotenzial und dessen Entwicklung in der Zukunft – neu diskutieren. Im Folgenden soll das

---

<sup>6</sup> Dieser Befund war aus gerontologischer Perspektive durchaus zu erwarten. Thomae (1968) konnte auf der Grundlage eigener Langzeitbeobachtungen und durch Auswertung zahlreicher internationaler psychologischer Forschungsprojekte nachweisen, dass „weder der Altersfaktor noch jener der Pensionierung so entscheidende Veränderungen in den Daseinstechniken mit sich bringt, wie man dies erwarten würde“ (ebd.: 363).



Hauptaugenmerk auf die sozialpolitischen Implikationen der eben zusammengefassten empirischen Ergebnisse und deren Bedeutung für die Soziale Arbeit gelegt werden.

Dabei gehe ich von einem umfassenden Verständnis von staatlicher Sozialpolitik als gestaltender Gesellschaftspolitik (Kaufmann 2002) aus. Diese wandelt sich in Deutschland derzeit grundlegend. Mit dem sog. Umbau vom versorgenden zum ermöglichenden und aktivierenden Staat wird die Rolle des Staates neu definiert. Der aktivierende Staat gibt Gestaltungsmacht auf und reduziert sich auf eine Instanz zur Schaffung von Rahmenbedingungen eines neuen „welfare-mix“ (Evers/Olk 1996). Im Zuge der Re-Interpretation des Subsidiaritätsprinzips fordert er mehr Sozialverantwortung von den BürgerInnen. In diesem Rahmen erlangen die Strategie der Ermöglichung zivilgesellschaftlichen Engagements, die Strategie der Erziehung zur „guten BürgerIn“ sowie Überlegungen, engagiertes Handeln einzufordern, Bedeutung. Wie sind sozialpolitische Interventionen mit diesem Ziel zu bewerten? Anders gefragt: Kann staatliche Sozialpolitik individuelles zivilgesellschaftliches Handeln ermöglichen? Wenn ja, wo liegen die Chancen, wo die Grenzen dieser Strategie? Können Menschen durch Staatshandeln dazu erzogen werden, zivilgesellschaftlich aktiv zu werden? Und kann zivilgesellschaftliches Engagement durch eine steuernde Politik der Eigenverantwortung und Aktivierung eingefordert werden?

#### Anmerkungen zur Strategie der Ermöglichung

Aus Sicht der skizzierten Studie fördert grundsätzlich jede sozialpolitische Intervention, die zu einer „Kultur der Partizipation“ in verschiedenen Lebensbereichen beiträgt, zivilgesellschaftliches Handeln. Gleichwohl sind der Strategie der „Ermöglichung“ durch die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement auch Grenzen gesetzt, weil sich Handlungsmuster, die aus zivilgesellschaftlicher Perspektive positiv zu bewerten sind, überwiegend jenseits dieses speziellen Handlungskontextes herausbilden. Bemühungen, bei der Integration bisher unterrepräsentierter Milieus in das Freiwilligenwesen bei den Motivationen anzusetzen (Ueltzhöffer 2000), dürften zu kurz greifen. Denn wer in seiner Biografie in der Summe verschiedener Lebensbereiche negative Partizipationserfahrungen machte, ist offensichtlich schwer für gemeinwohlorientiertes Engagement zu motivieren sein. Es sei denn, dieser Lebensbereich konnte im Gegensatz zu anderen bereits als einer erlebt werden, in dem diese negativen Erfahrungen zu kompensieren waren. Im Kontext außerberuflichen Engagements treten jedoch Hürden formeller wie informeller Art auf (Kohli u.a. 1993: 278, Munsch 2005). Ob diese Hürden, seien es nun Qualifikationsdefizite, Hierarchien oder Ausschließungsmechanismen, aber aktiv genommen, toleriert oder mit Rückzug quittiert werden, hängt wiederum davon ab, auf welche biografischen Ressourcen, zu denen auch die übersituativen Handlungslogiken gehören, zurückgegriffen werden kann. Das gut gemeinte Vorhaben, durch „empowerment“ zu verhindern, dass „sozial schwächere Gruppen von der Beteiligung am bürgerschaftlichen Engagement vollständig und unwiderruflich ausgeschlossen sind“ (Enquete-Kommission 2002: 108) wird deshalb schwer zu verwirklichen sein (vgl. auch Delhey/Newton 2002, Geißel 2004, ).

Von Verbesserungen der gesetzlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen im Bereich der Zivilgesellschaft und ihrer Schnittstellen

zu den Bereichen Staat und Markt werden also v.a. diejenigen profitieren, die ohnehin engagiert oder zumindest tatsächlich dazu bereit und angesichts ihrer Lebenslage auch fähig sind, sich in diese Strukturen einzufügen, sie für sich und andere zu nutzen. Doch auch auf diese Gruppen können Beteiligungsangebote ambivalent wirken. Denn außerberufliches Engagement findet in einem Feld statt, in dem eigenständige Gestaltung und Mitbestimmungsansprüche zwar gewünscht, aber keineswegs garantiert sind, oft die Nachfrage nach dem „mündigen Bürger“ postuliert wird, die konkrete Förderpraxis jedoch auf eine selektive Einbindung in die Lösung sozialer Probleme hinausläuft (Boeßenecker 2001, Böhnisch/Schröer 2003) und die Einordnung in bestehende Hierarchien fast genauso wie im Arbeitsleben nötig wird (vgl. Schumacher/Stiehr 1996: 21ff.). Mitarbeit ohne Mitbestimmung ist aber gerade für diejenigen wenig attraktiv, die zwar über große Handlungsspielräume und soziale Kompetenzen verfügen, für die aber zugleich eine permanente Erweiterung ihrer Handlungsspielräume einen großen Stellenwert besitzt.

Da auch Familien als Orte gelten, an denen die Grundlagen zivilgesellschaftlichen Handelns gelegt werden, könnten auch sozialpolitische Interventionen zugunsten dieser Sozialisationsinstanz die Strategie der „Ermöglichung“ stützen. In der Tat zeigt auch die hier skizzierte Studie, dass die Familie ein Handlungskontext sein kann, der den Heranwachsenden partizipative Sozialisationsbedingungen bieten und auf diese Weise die Basis für zivilgesellschaftlich förderliche Handlungsmuster legen kann. Auf den ersten Blick stehen die Chancen dafür heute weit besser als in der hier untersuchten Kohorte von Kriegskindern. Dank einer überwiegend weniger autoritären und stärker auf Aushandlungsprozesse zwischen den Generationen ausgerichteten Erziehung steigen die Chancen für partizipative Sozialisationsprozesse, die der frühen Etablierung gemeinschaftsbezogener Handlungsmuster förderlich sind. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass daneben Bedingungen familialen Lebens existieren, die gegenläufige Wirkungen zeitigen können. Nicht wenige Familien gehören heute zu den sozial Benachteiligten, viele geraten zunehmend unter Existenzdruck, Kinder werden zum Armutrisiko. Betrachtet man Außenbeziehungen über den Freundes- und Bekanntenkreis hinaus, sieht man Eltern, die sich im Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze behaupten müssen, und Heranwachsende, die um Plätze an weiterführenden Schulen und Berufsausbildungen konkurrieren. Wenn auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt die fachlichen wie persönlichen Qualifikationen vieler Jugendlicher nicht mehr nachgefragt werden, findet die Heterogenität ihrer Leistungsfähigkeit keine Anerkennung. Wie problematisch dies für die betroffenen Jugendlichen ist, wurde vielfach thematisiert; was es langfristig für die Deutungs- und Handlungsmuster der erfolgreichen bedeutet, bleibt abzuwarten.

Unter den Vorbildern, auf die eine „civic education“ in der Familie bisher setzen konnte, waren bisher viele nicht oder in Teilzeit erwerbstätige Frauen. Frauen und Mütter, die bisher für bürgerschaftliche Tätigkeiten (teilweise) „freigesetzt“ waren. Die Gleichzeitigkeit von ausschließlich häuslicher Sorgearbeit oder Teilzeitarbeit als „exit option“ (Ostner 1995) und zivilgesellschaftlichem Engagement entsprang in vielen Fällen der bewussten Entscheidung, sich weder den Zwängen des Erwerbslebens noch der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung vollständig zu unterwerfen. Diese Wahlfreiheit schwindet in dem Maße, in dem die Rückkehr

auf eine qualifizierte Vollzeitstelle in Frage steht und zugleich die Erwerbsbiografien der Partner prekär werden. Die staatlich forcierte Durchsetzung des „Zweiverdiener-Modells“ im aktivierenden Staat reduziert das zivilgesellschaftliche Potenzial von Familien vor allem dann, wenn die sozialstaatliche Anerkennung und Unterstützung der Sorgearbeit, sei es für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige, unzureichend bleibt (für einen Überblick vgl. Leitner u.a. 2004). Gezwungenermaßen werden Familien dann eher zu binnenzentrierten Bewältigungsgemeinschaften schwieriger Lebenslagen als zum zivilgesellschaftlichen Nucleus.

Vielversprechend erscheinen aus der Perspektive der hier diskutierten besonderen Bedeutung vorberuflicher Sozialisationsprozesse auf den ersten Blick auch solche Ansätze der Engagementförderung, die die Voraussetzungen von Engagementfähigkeit oder die Bedingungen ihrer Verhinderung in den Kontext sozialen Lernens stellen, nach denen Schulen sich nach innen und außen dem bürgerschaftlichen Engagement öffnen und pädagogische Institutionen zu zentralen Orten eines frühen Demokratieübens werden sollen. Auch die Stärkung der Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Raum zielen auf Veränderung von Institutionen, die die Chancen einer partizipativen Sozialisation erhöhen. Sollten sich jedoch in der deutschen „Nach-Pisa-Debatte“ die Verfechter von frühzeitiger Auslese, Leistungsdruck und Elitenbildung gegen die Streiter für Gesamtschulen, Projektunterricht und Lust am Lernen durchsetzen, würde dies aus Sicht einer kontextübergreifenden Wirkung von Handlungsmustern den begrüßenswerten Ansätzen zuwiderlaufen. Auch eine Hochschulpolitik, die sich auf Auslese und Elitenbildung konzentriert und die Chancen der Bildungspartizipation unter den jungen Erwachsenen ungleich verteilt, ist ungeeignet, zivilgesellschaftliche Handlungsmuster zu fördern. Es steht zu befürchten, dass die schleichende Abkehr vom humanistischen Bildungsideal durch die Einführung von Bachelor-/Masterabschlüssen an den Hochschulen (Narr 2004), begleitet durch die Einführung von Studiengebühren die soziale Segmentierung fördert und eher (arbeits-)marktkompatible Individuen als ZivilbürgerInnen sozialisiert.

Wenn in der hier skizzierten Studie offensichtlich wurde, wie Deutungs- und Handlungsmuster des Erwerbslebens auch im zivilgesellschaftlichen Kontext wirksam und überwiegend restriktive Erwerbsbedingungen zu Ursachen der Verweigerung oder des Abbruchs außerberuflichen Engagements werden können, muss diesem Lebensbereich in der Diskussion über die Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, als dies bisher im Rahmen der Ermunterung von Unternehmen, sich als „corporate citizens“ (Enquete-Kommission 2002: 17) zu verstehen, geschieht. Eine „Kultur der Partizipation“ steht und fällt offensichtlich vielmehr mit den Bedingungen des Zugangs zum Arbeitsmarkt und den Handlungsanforderungen der ausgeübten Tätigkeiten. Einerseits werden im Beruf zahlreiche soziale Fähigkeiten erworben, die in zivilgesellschaftlichen Interaktionen ebenfalls funktional sind. Andererseits finden sich ähnlich wie im Sozialisationskontext „Familie“ im Erwerbsleben auch tendenziell gegenläufige Bedingungen. Zwischen Entfaltung der Persönlichkeit, progressiver Ausbeutung und Unterdrückung liegen Chancen und Hindernisse der Entstehung zivilgesellschaftlicher Handlungsressourcen dicht beieinander. Für wachsende Teile der Bevölkerung überwiegen heute die Hindernisse (vgl. Trube/Wiedemeyer 2001). Als hinderlich muss andauernde Arbeitslosigkeit gelten (Erlinghagen 2000), ebenso die Norm des allzeit und mit seiner

gesamten Persönlichkeit verfügbaren Arbeitnehmers, die mehr und mehr die Tätigkeiten der industriellen Kernbelegschaften wie auch der Beschäftigten im privaten Dienstleistungsgewerbe bestimmt (Baethge 2001, Hochschild 2002). Zahlreiche negative Partizipationserfahrungen werden in prekären Beschäftigungsverhältnissen gesammelt (Klammer/ Tilmann 2001, Candeias 2004, Dörre u.a. 2004), von denen mittlerweile viele Hochschulabsolventen betroffen sind, mithin jene, die sich bisher überdurchschnittlich engagierten. Zu berücksichtigen ist auch, dass der Faktor Erwerbsarbeit nur vermittelt über ein ausreichendes Einkommen seine Integrationswirkungen entfaltet (Walter 2003: 296). Eine ideologische Aufwertung von Lohnarbeit und marktkonformem Verhalten, nach dem jede Arbeit besser als keine sei (Schröder/Blair 1999), untergräbt zudem zivilgesellschaftliche Handlungsressourcen, die im Zuge der Pluralisierung von Lebensformen entstanden sind. Postmaterialistische Lebensentwürfe, in denen die Erwerbsarbeit ihre unangefochtene Stellung für die Identitätsbildung verloren hatte, werden delegitimiert.

Erziehen und Fordern als Alternativen?

Neben der Strategie der „Ermöglichung“ von Engagement wird in Deutschland derzeit eine Strategie der Erziehung zur zivilgesellschaftlich kompetenten BürgerIn erdacht und in Ansätzen bereits umgesetzt. Dabei beziehen sich Überlegungen zu einer „Erziehung“ im Sinne edukatorischen Staatshandelns offensichtlich v.a. auf die surplusfähigen Heranwachsenden und jungen Erwachsenen. Die Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“ empfiehlt „civic education“ in Familie und Schule, Vereinen und Verbänden, bei Bildungsträgern und Freiwilligendiensten, in Ausbildung und Studium. Nach amerikanischem Vorbild sollen „Schüler zu freiwilligem Engagement ... angehalten“ (Enquete-Kommission 2002: 294) und bürgerschaftliche Tätigkeiten in Hochschulen zum selbstverständlichen Element des Studiums werden. Im letzten Bildungsabschnitt an der Hochschule sollen „freiwillige“ Tätigkeiten zudem helfen, Kontakte für den Berufseinstieg zu knüpfen, so dass sie „positive Effekte auf das eigene berufliche Fortkommen“ (ebd.: 295) zeitigen. Aus einer handlungslogischen Perspektive auf die Zivilgesellschaft ist zu fragen, ob ein so motiviertes Engagement noch freiwillig ist und inwiefern eine einzig am beruflichen Fortkommen orientierte Tätigkeit in dieser Sphäre ihr demokratiefördernden Aspekte in Frage stellt. Zahlreiche „passungsfähige“ Beispiele für eine gelungene Vereinbarung von persönlichen und/oder ökonomischen und gemeinschaftlichen Interessen, in denen die „Erwartungen an ein Engagement, in denen die Selbstentfaltung im Vordergrund steht, ... sich offensichtlich mit stärker gemeinwohlbezogenen Haltungen“ (Enquete-Kommission 2002: 123) vertragen, verbergen möglicherweise, dass „Gemeinschaft“ auf diese Weise zur Ware wird und die Tätigkeiten den Mustern privaten Konsumverhaltens folgen (Böhnisch/Schröder 2003: 39).

Insbesondere bei denjenigen Bevölkerungsgruppen, denen die sozioökonomischen Voraussetzungen individuellen zivilgesellschaftlichen Handelns fehlen, wird die Strategie der Erziehung, verknüpft mit Maßnahmen Forderns, für erfolgversprechender als die der Ermöglichung gehalten. „Erzogen“ bzw. „gefordert“ werden durch „workfare“-Strategien in diskriminierender Weise v.a. denjenigen, denen zuvor mit der realen Möglichkeit der Teilhabe am Erwerbsleben ein wesentlicher Bestandteil ihres Bürgerstatus genommen wurde. Ob dies gelingen kann, ist fraglich, wenn man den Eigensinn der Individuen berücksichtigt und angesichts der Ergebnisse der

vorliegenden Arbeit in Rechnung stellt, dass in der Summe positive gesellschaftlicher Partizipationserfahrungen die notwendige Voraussetzung eines zivilgesellschaftlichen Engagements über die eigenen (Selbsthilfe-)Interessen hinaus sind. Die hier herausgearbeiteten kontextübergreifenden Handlungsmuster erklären, wie mangelnde Integration und Anerkennung zu zivilgesellschaftlicher Passivität führen. Die Gefahr, dass bürgerschaftliches Engagement in der gesellschaftlich erwünschten Form als „inszenierte“ Partizipation wahrgenommen wird, ist groß, wenn die „Ansätze, die es verstehen, den betroffenen Gruppen mehr individuelles und kollektives Selbstbewusstsein zu geben“ (Enquete-Kommission 2002: 108), nicht von sozialpolitischen Maßnahmen zur besseren materiellen Ausstattung der Betroffenen ergänzt und dauerhaft und ausschließlich auf kleinräumige Verantwortungsübernahme begrenzt werden (Grimm/Hinte 2003).

Der in der hier skizzierten empirischen Studie aufgezeigte Zusammenhang zwischen Handlungsaspirationen und Stabilität wie Nachhaltigkeit zivilgesellschaftlichen Handelns verweist zudem auf die Aussichtslosigkeit des Unterfangens, solidarisches Verhalten im sozialen Nahraum zu inszenieren und diese Inszenierung „in wachsendem Maße mit Drohung und Zwang“ (Kessl/Otto 2003: 66) zu verbinden. Handeln im Interesse einer Gemeinschaft verflacht schnell, wenn es ausschließlich durch die Erwartung eigener Vorteile bzw. das Verhindern eigener Nachteile motiviert ist. Seine Fortsetzung bedürfte deshalb eines ständigen, wenn nicht steigenden Zwangs.

#### Bürgerengagement und Soziale Arbeit

Im „aktivierenden Staat“ wird Soziale Arbeit vielfach anstelle einer distributiven Sozialpolitik zur Problembewältigung herangezogen (Otto/Ziegler 2004: 121). Sie ist unmittelbar eingebunden in die ökonomische Entlastung des Staates durch die Differenzierung von Gewährleistungs-, Finanzierungs- und Durchführungsfunktion bei der Erbringung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, in deren Rahmen informelle Netzwerke in definierten „sozialen Nahräumen“ „zu einem wesentlichen Bestandteil öffentlicher Versorgung und Mittel zur Verhinderung bzw. Bearbeitung sozialer Ausschließungsprozesse auf- und ausgebaut werden“ (Otto/Ziegler 2004: 13, vgl. auch Olk u.a. 2003: XLIX ff.). Das altbekannte Konfliktpotenzial zwischen Professionellen und Ehrenamtlichen wird um den Widerspruch dieser Ansätze zum verbreiteten professionellen Verständnis von „empowerment“ angereichert, denn mit der derzeitigen Entdeckung und Aufwertung der bundesdeutschen Zivilgesellschaft „von oben“ sind eben „nicht die Widerstandspotenziale benachteiligter oder ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen gemeint“ (Wohlfahrt 2003:364). Angesichts existenzieller Bedrohungen durch die Sanierungsversuche kommunaler Haushalte scheinen zudem wachsende Ängste der Professionellen, Modellprogramme zur Engagementförderung könnten darauf zielen, bislang bezahlte Arbeit an Freiwilligen zu übergeben, nicht unbegründet (vgl. Aner 2004b). In der Tat wird derzeit ungeachtet internationaler Erfahrungen, nach denen sich in jenen Ländern die meisten Menschen sozial engagieren, in denen die beste professionelle Infrastruktur dafür vorhanden ist (Gaskin u.a. 1986), die Entwicklung von Freiwilligendiensten vorangetrieben, ohne dies durch eine Stärkung Sozialer Arbeit zu flankieren. Freiwillige sollen in Schulen zusätzlich zu Lehrkräften tätig werden, in Altenheimen zusätzlich zu Altenpflegerinnen psychosoziale Betreuung übernehmen – und zwar kostenneutral (Schmidt

2005). Gleichzeitig steht „die in den letzten Jahren entstandene Infrastruktur von Kontaktstellen, Nachbarschaftszentren etc. auf schwachen und ungesicherten Füßen“ (Boeßenecker 2000: 174). In einem speziellen Dilemma befinden sich auch die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege. Die altbekannten Spannungsfelder zwischen zu staatsabhängiger Finanzierung und Organisation und Gemeinwesenorientierung, zwischen Professionellen und Ehrenamtlichen werden derzeit ergänzt durch den wachsenden Ökonomisierungsdruck, der eine (späte) Besinnung auf anwaltschaftliche Funktionen, auf basis- und nicht ausschließlich effizienzorientierte Aktivitäten zusätzlich erschwert (Wohlfahrt 2003).

Wie kann sich Soziale Arbeit in dieser Situation zur Einbindung der Bürger in die Herstellung des Sozialen positionieren? Die oben skizzierten Forschungsergebnisse erlauben keine umfassende Antwort, legen aber zunächst die Argumentation nahe, dass die Vorstellung eines weit verbreiteten zivilgesellschaftlichen Engagements, auf das die Herstellung des Sozialen zurückgreifen könnte, einer steten kritischen Überprüfung ihrer Voraussetzungen bedarf – und dies nicht zuletzt aus Sicht der potenziell Engagierten. Dabei ist zu berücksichtigen, welche Bedingungen anderer Lebensbereiche, insbesondere des Erwerbslebens mit der biografischen Entstehung zivilgesellschaftlicher Deutungs- und Handlungsmuster interferieren. Vor diesem Hintergrund muss sich die Soziale Arbeit im Zusammenwirken mit Ehrenamtlichen darauf einstellen, dass diese insbesondere aus ihrem Erwerbsleben nicht nur Kompetenzen, sondern auch zivilgesellschaftlich dysfunktionale Handlungsmuster „mitbringen“. Zugleich ist auch und gerade bei denjenigen, die sich im Lauf ihres Lebens die notwendigen materiellen wie immateriellen Handlungsressourcen aneignen können, mit dem Eigensinn individuellen Handelns zu rechnen. Gewarnt sei deshalb vor einem schleichenden Prozess, an dessen Ende Soziale Arbeit von der Gewinnung, Betreuung und Vernetzung von Freiwilligen aus der Mittelschicht absorbiert wird, während die emanzipatorische Unterstützung problembeladener und ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen auf der Strecke bleibt. Vehementer noch als bisher müssen öffentliche und freigemeinnützige Träger Sozialer Dienstleistungen darauf hinweisen, dass zivilgesellschaftliches Engagement nicht als Strategie der Effizienzsteigerung von Wohlfahrtsproduktion taugt und ein Mehr an Qualität durch die Einbindung von Freiwilligen nicht ohne zusätzliche (!) Ressourcen für ihre professionelle Begleitung zu haben sein wird. Eine „symbolische Politik“, die Bürgerengagement einfordert und zugleich dessen infrastrukturelle Voraussetzungen und kritischen Bedeutungsgehalt untergräbt, ist als solche zu benennen, wenn zivilgesellschaftliches Engagement als wertvolle Ergänzung professioneller Sozialer Arbeit erhalten bleiben und gestärkt werden soll.

## **Literatur**

- Amann, Anton (1990): In den biografischen Brüchen der Pensionierung oder der lange Atem der Erwerbsarbeit, in: Hoff, Ernst-H. (Hg.): Die doppelte Sozialisation Erwachsener, München, S.177-204
- Aner, Kirsten (2002) Übersituative Handlungslogiken und Lebenslagenkonzept, in: Karl, Fred; Zank, Susanne (Hg.): Zum Profil der Gerontologie, S. 79-88

- Aner, Kirsten (2004a): Zivilgesellschaftliches Handeln im nachberuflichen Leben. Perspektiven kritischer Gerontologie, in: Psychologie & Gesellschaftskritik 1/ 2004, 35. Jg., S. 50-65
- Aner, Kirsten (2004b): Gewinnung und Öffnung von Institutionen für das freiwillige Engagement von seniorTrainerinnen, in: Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung: Halbzeitbilanz und Perspektiven des Modellprogramms „Erfahrungswissen für Initiativen“, Tagungsdokumentation, ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis Nr. 87, [www.isab-institut.de](http://www.isab-institut.de)
- Aner, Kirsten (2005): „Ich will, dass etwas geschieht!“ Wie zivilgesellschaftliches Engagement entsteht – oder auch nicht, Berlin
- Backes, Gertrud (1987). Frauen und Soziales Ehrenamt. Zur Vergesellschaftung weiblicher Selbsthilfe, Augsburg
- Baethge, Martin (1991): Arbeit, Vergesellschaftung, Identität – zur zunehmenden normativen Subjektivierung der Arbeit, in: Soziale Welt 1/ 1991, S. 6-19
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2003a): EFI-Newsletter Nr. 1, Berlin/Bonn
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2003b): Pressemitteilung Nr. 59 FWD von der Bundesministerin Renate Schmidt einberufenen Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“
- Böhnisch, Lothar; Schröer, Wolfgang (2002): Die soziale Bürgergesellschaft. Zur Einbindung des Sozialen in den zivilgesellschaftlichen Diskurs, Weinheim/ München
- Boeßenecker, Karl-Heinz (2001): Bürgergesellschaft und Zukunft des Sozialstaats. Chancen und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements, in: Gesellschaft im Wandel – Sozialstaat neu gestalten, Fachtagung des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen am 29./ 30. März 2000 in Köln, Düsseldorf, S. 169-175
- Boltanski, Luc (1990): Die Führungskräfte: die Entstehung einer sozialen Gruppe, Frankfurt
- Candeias, Mario (2004): Prekärisierung der Arbeit und Handlungsfähigkeit, in: Das Argument 256/ 2004, S. 398-413
- Clemens, Wolfgang (2001): Begrüßung und Eröffnung, in: Gesellschaft im Wandel – Sozialstaat neu gestalten, Fachtagung des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen am 29./ 30. März 2000 in Köln, Düsseldorf, S. 11-19
- Delhey, Jan; Newton, Kenneth (2002): Who trusts? The Origin of Social Trust in Seven Nations. WZB Discussion Paper FS III 02-402, Berlin
- Deutscher Bundestag (Hg.) (2002). Schlussbericht der Enquete- Kommission „Demografischer Wandel – Herausforderungen an den Einzelnen und an die Politik. Berlin
- Draheim, Susanne; Opitz, Sven; Reitz, Tilman (2004): Blindheit und Einsicht? Wortwechsel zum Gebaruchswert der Gouvernentalitätsstudien, in: Forum Wissenschaft 1/ 2005, S. 20-24
- Dörre, Klaus; Kramer, Klaus; Speidel, Frederic (2004): Prekäre Arbeit. Ursachen, soziale Auswirkungen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, in: Das Argument 256/ 2004, S. 378-397
- Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (2002): Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen, zugl. Bundestagsdrucksache 14/ 8900
- Erlinghagen, Marcel (2000): Arbeitslosigkeit und ehrenamtliche Tätigkeit im Zeitverlauf, in Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS) 2/2000, S. 291-310
- Evers, Adalbert; Olk, Thomas (1996): Wohlfahrtspluralismus – Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs, in: dies. (Hg.): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft, Opladen, S. 9-60

- Gaskin, Katherine; Smith, Justin D.; Paulitz, Irmtraud u.a. (1996): Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern, herausgegeben von der Robert-Bosch-Stiftung, Freiburg
- Geißel, Brigitte (2004): Sozialkapital im demokratischen Prozess. Theorieangebote und empirische Befunde, in: Klein, Ansgar; Kern, Kristine; Geißel, Brigitte; Berger, Maria (Hg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden, S. 103-108
- Gosewinkel, Dieter; Rucht, Dieter; Daele, Wolfgang van den; Kocka, Jürgen (2003): Einleitung, in: dies. (Hg.): Zivilgesellschaft – national und transnational, WZB-Jahrbuch 2003, Berlin, S. 11-28
- Grimm, Gaby; Hinte, Wolfgang (2003): „soziale Stadt“: Tops und Flops. Wie kann sich soziale Arbeit in das Konzept der „Sozialen Stadt“ einbringen?, in: Sozial Extra 1/2003, S. 6-9
- Hielscher, Volker; Hildebrandt, Eckart (1999): Zeit für Lebensqualität. Auswirkungen verkürzter und flexibler Arbeitszeiten auf die Lebensführung, Berlin
- Hochschild, Arlie Russel (1990): Das gekaufte Herz. Zur Kommerzialisierung der Gefühle, Frankfurt/ New York
- Hochschild, Arlie Russel (2002): Keine Zeit: wenn die Firma zum Zuhause wird und zu hause nur noch Arbeit wartet, Opladen
- Hoff, Ernst-H.; Lempert, Wolfgang (1990): Kontroll- und Moralbewusstsein im beruflichen und privaten Lebensstrang von Facharbeitern, in: Hoff, Ernst-H. (Hg.): Die doppelte Sozialisation Erwachsener, München, S. 125-154
- Hopf, Christel (1996): Hypothesenprüfung und qualitative Sozialforschung, in: Strobl, Rainer; Böttger, Andreas (Hg.): Wahre Geschichten? Zur Theorie und Praxis qualitativer Interviews, Baden-Baden, S. 9-22
- Jacob, Gisela (1993): Zwischen Dienst und Selbstbezug, Opladen
- Karl, Fred (1995): „Seniorenengossenschaften“ und „Seniorenbüros“ – Lernwerkstätten der Sozialpolitik?, in: Zeitschrift für Sozialreform, 41. Jg., 1/1995, S.18-35
- Kaufmann, Franz-Xaver (2002): Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen, Opladen
- Kessl, Fabian; Otto, Hans-Uwe (2003): Aktivierende Soziale Arbeit. Anmerkungen zur neosozialen Programmierung Sozialer Arbeit, in: Dahme, Heinz-Jürgen; Otto, Hans-Uwe, Wohlfahrt, Norbert (Hg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Opladen, S. 57-73
- Klammer, Ute; Tilmann, Katja (2001): Flexurity: Soziale Sicherung und Flexibilität der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Forschungsprojekt im Auftrag des Ministerium für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Kohli, Martin; Freter, Hans-Jürgen; Langehennig, Siegfried; Roth, Silke; Simoneit, Gerhard; Tregel, Stefan (1993): Engagement im Ruhestand. Rentner zwischen Erwerb, Ehrenamt und Hobby, Opladen
- Leitner, Sigrid; Ostner, Iona; Schratzenstaller, Margit (Hg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien, Folge 7
- Munsch, Chantal (2005): Die Effektivitätsfalle. Gemeinwesenarbeit und bürgerschaftliches Engagement zwischen Ergebnisorientierung und Lebensbewältigung, Hohengrehren
- Narr, Wolf-Dieter (2004): Studienordnungen als Erziehungsinstrument, in: Forum Wissenschaft 3/2004, S. 6-10
- Olk, , Thomas; Otto, Hans-Uwe; Backhaus-Maul, Holger (2003): Soziale Arbeit als Dienstleistung – Zur analytischen und empirischen Leistungsfähigkeit eines theoretischen Konzepts, in: Olk, , Thomas; Otto, Hans-Uwe (Hg.): Soziale Arbeit als Dienstleistung. Grundlegung, Entwürfe, Modelle, S. IX-LXXII



- Otto, Hans-Uwe; Ziegler, Holger (2004): Sozialraum und sozialer Ausschluss (I), Die analytische Ordnung neo-sozialer Integrationsrationalitäten in der Sozialen Arbeit, in: Neue Praxis 2/ 2004, S. 117-135
- Otto, Ullrich (1998): Innovative Qualität statt neues Etikett, in: Selbsthilfeförderung und Bürgerschaftliches Engagement in Städten und Kreisen, ISAB-Berichte Nr. 54, Köln, Leipzig, S. 215-235
- Ostner, Ilona (1995): Wandel der Familienformen und soziale Sicherung der Frau oder: von der Status- zur Passagensicherung, in: Döring, Dieter; Hauser, Richard (Hg.): Soziale Sicherung in Gefahr, Frankfurt, S. 80-117
- Regiestelle E&C (Engagement und Chancen) (2004): 4. Zwischenbericht zum Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ des BMFSFJ, Berlin
- Roose, Jochen (2000): Fälle, die nicht der Fall sind – ein Plädoyer für Fallstudien zu ausgebliebenen Ereignissen, in: Clemens, Wolfgang; Strübing, Jörg (Hg.): Empirische Sozialforschung und gesellschaftliche Praxis, Opladen, S. 47-66
- Rosenblatt, Bernhard von (2000). Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999. Band 1: Gesamtbericht. Schriftenreihe des BMFSFJ Bd. 194, Stuttgart/ Berlin/ Köln
- Roth, Roland (2004): Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie, in: Klein, Ansgar; Kern, Kristine; Geißel, Brigitte; Berger, Maria (Hg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden, S. 41-64
- Schmidt, Renate (2005 ): Der Staat kann nicht alles leisten, in: Das Parlament, 55. Jahrgang, Nr. 7, 14. Februar 2005, Berlin
- Schröder, Gerhard; Blair, Anthony (1999): Der Weg nach vorn für Europas Sozialdemokraten, u.a. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H.7/1999, S. 887-896
- Schuhmacher, Jürgen; Stiehr, Karin (1996): Ältere Menschen im Sozialen Ehrenamt, Schriftenreihe des BMFSFJ, Bd. 116, Stuttgart/Berlin/Köln
- Schumann, Michael, Baethge-Kinsky, Volker; Kuhlmann, Martin; Kurz, Constance; Neumann, Uwe (1994): Der Wandel der Produktionsarbeit im Zugriff neuer Produktionskonzepte, in: Beckenbach, Niels; Treeck, Werner van (Hg.): Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit, Göttingen, Soziale Welt, Sonderband 9, S. 11-44
- Thomae, Hans (1968): Das Individuum und seine Welt. Eine Persönlichkeitstheorie, Göttingen
- Trube, Achim; Wiedemeyer, Michael (2001): Renaissance der Erwerbsarbeit? – Zur zwiespältigen Zukunft der Arbeitsgesellschaft, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 11/ 2001, S. 403-410
- Ueltzhöffer, Jörg; Sozialwissenschaftliches Institut für Gegenwartsfragen Mannheim (SIGMA) (2000): Lebenswelt und Bürgerschaftliches Engagement. Soziale Milieus in der Bürgergesellschaft, hrsg. vom Sozialministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
- Voß, G. Günter (1994): Das Ende der Teilung von „Arbeit und Leben“? An der Schwelle zu einem neuen gesellschaftlichen Verhältnis von Betriebs- und Lebensführung, in: Beckenbach, Niels; Treeck, Werner van (Hg.): Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit, Göttingen: Otto, Soziale Welt, Sonderband 9, S. 269-294
- Walter, Andreas (2003): Aktivierung: Varianten zwischen Erpressung und Empowerment. Für eine Erweiterung des Diskurses zum aktivierenden Staat im internationalen Vergleich, in: Neue Praxis 33. Jg. 2003, H. 3/ 4, S. 288-307
- Wohlfahrt, Norbert (2003): Bürgerliches Engagement, Freie Wohlfahrtspflege und aktivierender Sozialstaat. Inszenierter Sozialstaatumbau oder Stärkung des Sozialen Kapital?, in: Soziale Arbeit 10/ 2003, S. 362-368
- Witzel, Andreas (1982): Verfahren der qualitativen Sozialforschung: Überblick und Alternativen, Frankfurt

- Witzel, Andreas; Kühn, Thomas (2000): Orientierungs- und Handlungsmuster beim Übergang in das Erwerbsleben, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation (ZSE), 3. Beiheft 2000, S. 9-29
- Zinn, Jens (2000): Junge Arbeitnehmer zwischen Gestaltungsanspruch und Strukturvorgaben, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation (ZSE), 3. Beiheft 2000, S. 30-49